

Bundesgesetzblatt¹²⁰⁹

Teil II

Z 1998 A

1985

Ausgegeben zu Bonn am 5. Dezember 1985

Nr. 38

Tag	Inhalt	Seite
5. 11. 85	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Straßenverkehr .	1210
5. 11. 85	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Straßenverkehrszeichen	1210
5. 11. 85	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt	1211
11. 11. 85	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der durch das Protokoll von 1978 geänderten Fassung	1211
19. 11. 85	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Zweiten Protokolls vom 21. Juni 1983 zur Änderung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik und dem Großherzogtum Luxemburg über die Schiffbarmachung der Mosel	1212
19. 11. 85	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über technische Handelshemmnisse	1213
19. 11. 85	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial	1213
19. 11. 85	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Zusatzprotokolls Nr. 2 vom 17. Oktober 1979 zu der Revidierten Rheinschiffahrtsakte	1214
26. 11. 85	Bekanntmachung der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung	1215
18. 11. 85	Berichtigung der Fünften Ostsee-Umweltschutz-Änderungsverordnung	1232

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über den Straßenverkehr**

Vom 5. November 1985

Das Übereinkommen vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr (BGBl. 1977 II S. 809, 811) wird nach seinem Artikel 47 Abs. 2 für die

Elfenbeinküste am 24. Juli 1986

mit a) dem nach Artikel 45 Abs. 4 notifizierten
Unterscheidungszeichen: CI

b) dem Vorbehalt nach Artikel 54 Abs. 1
zu Artikel 52 des Übereinkommens

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. September 1985 (BGBl. II S. 1136).

Bonn, den 5. November 1985

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über Straßenverkehrszeichen**

Vom 5. November 1985

Das Übereinkommen vom 8. November 1968 über Straßenverkehrszeichen (BGBl. 1977 II S. 809, 893) wird nach seinem Artikel 39 Abs. 2 – unter Angabe des nach Artikel 46 Abs. 2 Buchstabe a notifizierten Musters des Gefahrenwarnzeichens (nach Ziffer i) sowie des Musters des Haltzeichens (nach Ziffer ii) – für die

Elfenbeinküste (Muster A^a/Muster B 2^a) am 24. Juli 1986

mit dem Vorbehalt nach Artikel 46 Abs. 1
zu Artikel 44 des Übereinkommens

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. September 1985 (BGBl. II S. 1140).

Bonn, den 5. November 1985

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt**

Vom 5. November 1985

Das in Paris am 16. November 1972 von der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur auf ihrer 17. Tagung beschlossene Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt (BGBl. 1977 II S. 213) ist nach seinem Artikel 33 für

Ungarn am 15. Oktober 1985
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. Juli 1985 (BGBl. II S. 977).

Bonn, den 5. November 1985

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1973
zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe
in der durch das Protokoll von 1978 geänderten Fassung**

Vom 11. November 1985

Das Internationale Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der Fassung des Protokolls von 1978 zu diesem Übereinkommen (BGBl. 1982 II S. 2; 1984 II S. 230) ist nach Artikel V Abs. 2 des Protokolls für

Oman am 13. Juni 1984
in Kraft getreten.

In der von Oman hinterlegten Beitrittsurkunde sind die nachstehenden Erklärungen enthalten:

(Übersetzung)

"(1) For the purposes of this Convention the term "within the jurisdiction" is interpreted to mean the jurisdiction presently applied by the Government of the Sultanate of Oman under the country's Marine Pollution Law of 1974 which extends to 50 nautical miles from the baselines from which the breadth of the territorial sea is measured.

„(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens wird der Begriff „im Hoheitsbereich“ dahingehend ausgelegt, daß er den derzeit von der Regierung des Sultanats Oman im Rahmen seines Gesetzes von 1974 über die Meeresverschmutzung angewendeten Hoheitsbereich bezeichnet, der sich auf 50 Seemeilen von den Basislinien erstreckt, von denen aus die Breite des Küstenmeeres gemessen wird.

(2) With reference to the obligation laid down under Regulation 10, paragraph 7,

(2) Zu der in Anlage I Regel 10 Absatz 7 Buchstabe b Ziffer i und Regel 12

sub-paragraph b (i); or Regulation 12, paragraph 4 of Annex I concerning the reception facilities to be provided by the State Parties, the Government of the Sultanate of Oman wishes to declare that it intends to carry out this obligation but owing to a very high cost involved it is unlikely that it will be in a position to implement this provision before the next four to five years."

Absatz 4 enthaltenen Verpflichtung betreffend die von den Vertragsstaaten bereitzustellenden Auffanganlagen erklärt die Regierung des Sultanats Oman, daß sie beabsichtigt, diese Verpflichtung zu erfüllen, daß sie aber wegen der damit verbundenen sehr hohen Kosten wahrscheinlich nicht in der Lage sein wird, diese Bestimmung vor Ablauf der nächsten vier bis fünf Jahre einzuhalten."

Auf die vorstehende Erklärung Omans zu 1 hat die Bundesrepublik Deutschland am 13. August 1985 dem Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation die folgende Erklärung notifiziert:

„Unter Bezugnahme auf die Erklärungen in der am 13. März 1984 von der Regierung des Sultanats Oman hinterlegten Beitrittsurkunde zu dem Protokoll von 1978 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe erklärt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, daß ihrer Auffassung nach die Hoheitsbefugnisse, die das Sultanat Oman nach Maßgabe seines Gesetzes von 1974 über Meeresverschmutzung jenseits der Grenzen seines Küstenmeeres ausüben wird, über die vom Völkerrecht anerkannten Hoheitsbefugnisse nicht hinausgehen dürfen.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. August 1985 (BGBl. II S. 1046).

Bonn, den 11. November 1985

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Zweiten Protokolls vom 21. Juni 1983
zur Änderung des Vertrags
zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik
und dem Großherzogtum Luxemburg
über die Schiffbarmachung der Mosel

Vom 19. November 1985

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 4. Juni 1984 zu dem Zweiten Protokoll vom 21. Juni 1983 zur Änderung des Vertrags vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik und dem Großherzogtum Luxemburg über die Schiffbarmachung der Mosel (BGBl. 1984 II S. 538) wird bekanntgemacht, daß das Zweite Protokoll nach seinem Artikel III

am 1. Juni 1985

in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunden sind am 25. April 1985 in Luxemburg ausgetauscht worden.

Bonn, den 19. November 1985

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über technische Handelshemmnisse**

Vom 19. November 1985

Das Übereinkommen vom 12. April 1979 über technische Handelshemmnisse (ABI. EG Nr. L 71 S. 29) ist nach seinem Artikel 15 Nr. 15.6 für

Portugal am 14. November 1985
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. Januar 1984 (BGBl. II S. 66).

Bonn, den 19. November 1985

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens
zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial**

Vom 19. November 1985

Einer Verwahrermittteilung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vom 9. Oktober 1985 zufolge ist das internationale Abkommen vom 7. November 1952 zur Erleichterung der Einfuhr von Warenmustern und Werbematerial (BGBl. 1955 II S. 633) mit dem Zeitpunkt seines Inkrafttretens für die Schweiz (BGBl. 1956 II S. 29) auch für

Liechtenstein am 20. November 1955
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. Juni 1979 (BGBl. II S. 747)

Bonn, den 19. November 1985

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Zusatzprotokolls Nr. 2 vom 17. Oktober 1979
zu der Revidierten Rheinschiffahrtsakte
Vom 19. November 1985

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 22. Juli 1980 zu dem Zusatzprotokoll Nr. 2 vom 17. Oktober 1979 zu der am 17. Oktober 1868 in Mannheim unterzeichneten Revidierten Rheinschiffahrtsakte (BGBl. 1980 II S. 870) wird bekanntgemacht, daß das Zusatzprotokoll Nr. 2 nach seinem Artikel V und das dazugehörige Zeichnungsprotokoll nach seiner Nummer 4 für die

Bundesrepublik Deutschland am 1. Februar 1985
in Kraft getreten sind; die Ratifikationsurkunde ist am 6. November 1984 im Sekretariat der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt hinterlegt worden.

Das Zusatzprotokoll Nr. 2 und das dazugehörige Zeichnungsprotokoll sind am 1. Februar 1985 ferner für

Belgien	Schweiz
Frankreich	Vereinigtes Königreich
Niederlande	

in Kraft getreten.

Bonn, den 19. November 1985

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Bertele

**Bekanntmachung
der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen
für industrielle Entwicklung**

Vom 26. November 1985

Die von der Bundesrepublik Deutschland in New York am 5. Oktober 1979 unterzeichnete Satzung zur Errichtung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) vom 8. April 1979 tritt nach ihrem Artikel 25 Abs. 2 Buchstabe a für die

Bundesrepublik Deutschland am 1. Januar 1986 in Kraft; die Ratifikationsurkunde ist am 13. Juli 1983 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in New York hinterlegt worden.

Die Satzung tritt ferner für die Deutsche Demokratische Republik am 1. Januar 1986 in Kraft.

Die Satzung tritt am 1. Januar 1986 weiterhin in Kraft für

Ägypten
Äthiopien, Sozialistisches
Afghanistan
Algerien
Angola
Argentinien
Australien
Bangladesch
Barbados
Belgien
Benin
Bolivien
Botsuana
Brasilien
Bulgarien
Burkina Faso
Burundi
Chile
China
Dänemark
Dominikanische Republik
Ecuador
Elfenbeinküste
Finnland
Frankreich
Gabun
Ghana
Griechenland
Guatemala

Guinea
Guinea-Bissau
Guyana
Haiti
Honduras
Indien
Indonesien
Irak
Iran, Islamische Republik
Irland
Israel
Italien
Jamaika
Japan
Jemen, Demokratischer
Jugoslawien
Kamerun
Kanada
Kap Verde
Kenia
Kolumbien
Kongo
Korea, Demokratische Volksrepublik
Korea, Republik
Kuba
Kuwait
Lesotho
Libanon
Libysch-Arabische Dschamahirija
Luxemburg
Madagaskar
Malawi
Malaysia
Mali
Malta
Marokko
Mauretanien
Mauritius
Mexiko
Mongolei
Nepal
Neuseeland
Nicaragua
Niederlande

Niger
Nigeria
Norwegen
Österreich
Oman
Pakistan
Panama
Paraguay
Peru
Philippinen
Polen
Portugal
Ruanda
Rumänien
Sambia
Saudi-Arabien
Schweden
Schweiz
Senegal
Simbabwe
Sowjetunion
Ukraine
Weißrußland

Spanien
Sri Lanka
Sudan
Syrien, Arabische Republik
Tansania, Vereinigte Republik
Thailand
Togo
Trinidad und Tobago
Tschechoslowakei
Türkei
Tunesien
Ungarn
Uruguay
Venezuela
Vereinigte Arabische Emirate
Vereinigte Staaten
Vereinigtes Königreich
Vietnam
Zaire
Zypern

Die Satzung wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 26 November 1985

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
In Vertretung
S Lengl

Der Bundesminister
für innerdeutsche Beziehungen
In Vertretung
Rehlinger

**Satzung
der Organisation der Vereinten Nationen
für industrielle Entwicklung**

**Constitution
of the United Nations Industrial Development Organization**

(Übersetzung)

Preamble

The States Parties to this Constitution,

In conformity with the Charter of the United Nations,

Bearing in mind the broad objectives in the resolutions adopted by the sixth special session of the General Assembly of the United Nations on the establishment of a New International Economic Order, in the UNIDO Second General Conference's Lima Declaration and Plan of Action for Industrial Development and Co-operation, and in the resolution of the seventh special session of the General Assembly of the United Nations on Development and International Economic Co-operation,

Declaring that:

It is necessary to establish a just and equitable economic and social order to be achieved through the elimination of economic inequalities, the establishment of rational and equitable international economic relations, implementation of dynamic social and economic changes and the encouragement of necessary structural changes in the development of the world economy,

Industrialization is a dynamic instrument of growth essential to rapid economic and social development, in particular of developing countries, to the improvement of the living standards and the quality of life of the peoples in all countries, and to the introduction of an equitable economic and social order,

It is the sovereign right of all countries to achieve their industrialization, and any process of such industrialization must conform to the broad objectives of self-sustaining and integrated socio-economic development, and should include the appropriate changes which would ensure the just and effective participation of all peoples in the industrialization of their countries,

As international co-operation for development is the shared goal and common obligation of all countries it is essential to promote industrialization through all possible concerted measures including the development, transfer and adaptation of technology on global, regional and national, as well as on sectoral levels,

All countries, irrespective of their social and economic systems, are determined to promote the common welfare of their peoples by individual and collective actions aimed at expand-

Präambel

Die Vertragsstaaten dieser Satzung –

in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen,

eingedenk der allgemeinen Zielsetzung der von der sechsten außerordentlichen Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Entschlüssen über die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, der Erklärung und des Aktionsplans von Lima für industrielle Entwicklung und Zusammenarbeit der zweiten Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung und der Entschlußung der siebten außerordentlichen Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

erklärend,

daß es notwendig ist, eine gerechte und ausgewogene Wirtschafts- und Sozialordnung zu verwirklichen, und zwar durch Beseitigung wirtschaftlicher Ungleichheiten, durch Schaffung zweckmäßiger und ausgewogener internationaler Wirtschaftsbeziehungen, durch dynamische soziale und wirtschaftliche Änderungen und durch Förderung notwendiger struktureller Änderungen in der Entwicklung der Weltwirtschaft,

daß die Industrialisierung ein dynamisches Wachstumsinstrument ist, das entscheidende Bedeutung hat für die schnelle wirtschaftliche und soziale Entwicklung, insbesondere der Entwicklungsländer, für die Anhebung des Lebensstandards und der Lebensqualität der Völker aller Länder und für die Einführung einer ausgewogenen Wirtschafts- und Sozialordnung,

daß alle Länder das souveräne Recht auf Industrialisierung haben und daß jeder Industrialisierungsprozeß der allgemeinen Zielsetzung einer autarken und integrierten sozio-ökonomischen Entwicklung entsprechen muß und diejenigen Änderungen umfassen sollte, die eine gerechte und wirksame Teilnahme aller Völker an der Industrialisierung ihrer Länder sicherstellen,

daß die internationale Zusammenarbeit im Dienst der Entwicklung das gemeinsame Ziel und die gemeinsame Verpflichtung aller Länder ist und es daher darauf ankommt, die Industrialisierung durch alle praktisch möglichen aufeinander abgestimmten Maßnahmen einschließlich der Entwicklung, Weitergabe und Anpassung von Technologien auf globaler, regionaler und nationaler Ebene sowie in Fachbereichen zu fördern,

daß alle Länder ungeachtet ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme entschlossen sind, das gemeinsame Wohl ihrer Völker durch individuelle und kollektive Maßnahmen zu

ing international economic co-operation on the basis of sovereign equality, strengthening of the economic independence of the developing countries, securing their equitable share in total world industrial production and contributing to international peace and security and the prosperity of all nations, in conformity with the purposes and principles of the Charter of the United Nations,

Mindful of these guidelines,

Desiring to establish, within the terms of Chapter IX of the Charter of the United Nations, a specialized agency to be known as the United Nations Industrial Development Organization (UNIDO) (hereinafter referred to as the "Organization"), which shall play the central role in and be responsible for reviewing and promoting the co-ordination of all activities of the United Nations system in the field of industrial development, in conformity with the responsibilities of the Economic and Social Council under the Charter of the United Nations and with the applicable relationship agreements,

Hereby agree to the present Constitution.

Chapter I Objectives and Functions

Article 1 Objectives

The primary objective of the Organization shall be the promotion and acceleration of industrial development in the developing countries with a view to assisting in the establishment of a new international economic order. The Organization shall also promote industrial development and co-operation on global, regional and national, as well as on sectoral levels.

Article 2 Functions

In fulfilment of its foregoing objectives, the Organization shall generally take all necessary and appropriate action, and in particular shall:

- (a) Encourage and extend, as appropriate, assistance to the developing countries in the promotion and acceleration of their industrialization, in particular in the development, expansion and modernization of their industries;
- (b) In accordance with the Charter of the United Nations, initiate, co-ordinate and follow up the activities of the United Nations system with a view to enabling the Organization to play the central co-ordinating role in the field of industrial development;
- (c) Create new and develop existing concepts and approaches in respect of industrial development on global, regional and national, as well as on sectoral levels, and carry out studies and surveys with a view to formulating new lines of action directed towards harmonious and balanced industrial development, with due consideration for the methods employed by countries with different socio-economic systems for solving industrialization problems;
- (d) Promote and encourage the development and use of planning techniques, and assist in the formulation of development, scientific and technological programmes and plans

fördern, welche die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der souveränen Gleichheit erweitern, die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Entwicklungsländer festigen, ihren gerechten Anteil an der industriellen Gesamtproduktion der Welt sichern und zu Frieden und Sicherheit auf der ganzen Welt und zum Wohlstand aller Völker in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen beitragen sollen,

eingedenk dieser Richtlinien,

in dem Wunsch, im Einklang mit Kapitel IX der Charta der Vereinten Nationen eine Sonderorganisation mit der Bezeichnung Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) (im folgenden als „Organisation“ bezeichnet) zu errichten, die in Übereinstimmung mit den dem Wirtschafts- und Sozialrat durch die Charta der Vereinten Nationen übertragenen Aufgaben und mit den anwendbaren, die gegenseitigen Beziehungen regelnden Abkommen die zentrale Rolle bei der Überprüfung und Förderung der Koordination aller Tätigkeiten des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der industriellen Entwicklung übernimmt und hierfür verantwortlich ist –

vereinbaren hiermit diese Satzung.

Kapitel I Ziele und Aufgaben

Artikel 1 Ziele

Hauptziel der Organisation ist es, die industrielle Entwicklung in den Entwicklungsländern zu fördern und zu beschleunigen, um zur Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung beizutragen. Außerdem fördert die Organisation die industrielle Entwicklung und Zusammenarbeit auf globaler, regionaler und nationaler Ebene sowie in Fachbereichen.

Artikel 2 Aufgaben

Die Organisation trifft allgemein alle Maßnahmen, die zur Verwirklichung der oben genannten Ziele notwendig und zweckmäßig sind; hierzu gehört im einzelnen folgendes:

- a) Sie ermutigt und gewährt, je nach Zweckmäßigkeit, eine Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Förderung und Beschleunigung ihrer Industrialisierung, insbesondere bei der Entwicklung, Erweiterung und Modernisierung ihrer Industrien;
- b) sie veranlaßt, koordiniert und betreut im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen die Tätigkeiten des Systems der Vereinten Nationen mit dem Ziel, es der Organisation zu ermöglichen, im Bereich der industriellen Entwicklung die zentrale Koordinierungsaufgabe zu übernehmen;
- c) sie schafft neue und entwickelt bestehende Konzepte und Ansätze der industriellen Entwicklung auf globaler, regionaler und nationaler Ebene sowie in Fachbereichen und führt im Hinblick auf die Erarbeitung neuer Richtlinien für eine harmonische und ausgewogene industrielle Entwicklung Studien und Untersuchungen durch, wobei sie gebührend berücksichtigt, wie Länder mit verschiedenen sozioökonomischen Systemen Industrialisierungsprobleme lösen;
- d) sie fördert und begünstigt die Entwicklung und Anwendung von Planungstechniken und hilft bei der Erstellung von Entwicklungsprogrammen, wissenschaftlichen und technolo-

- for industrialization in the public, co-operative and private sectors;
- (e) Encourage and assist in the development of an integrated and interdisciplinary approach towards the accelerated industrialization of the developing countries;
- (f) Provide a forum and act as an instrument to serve the developing countries and the industrialized countries in their contacts, consultations and, at the request of the countries concerned, negotiations directed towards the industrialization of the developing countries;
- (g) Assist the developing countries in the establishment and operation of industries, including agro-related as well as basic industries, to achieve the full utilization of locally available natural and human resources and the production of goods for domestic and export markets, as well as contribute to the self-reliance of these countries;
- (h) Serve as a clearing-house for industrial information and accordingly collect and monitor on a selective basis, analyse and generate for the purpose of dissemination information on all aspects of industrial development on global, regional and national, as well as on sectoral levels including the exchange of experience and technological achievements of the industrially developed and the developing countries with different social and economic systems;
- (i) Devote particular attention to the adoption of special measures aimed at assisting the least-developed, land-locked, and island developing countries, as well as those developing countries most seriously affected by economic crises and natural calamities, without losing sight of the interest of the other developing countries;
- (j) Promote, encourage and assist in the development, selection, adaptation, transfer and use of industrial technology, with due regard for the socio-economic conditions and the specific requirements of the industry concerned, with special reference to the transfer of technology from the industrialized to the developing countries as well as among the developing countries themselves;
- (k) Organize and support industrial training programmes aimed at assisting the developing countries in the training of technical and other appropriate categories of personnel needed at various phases for their accelerated industrial development;
- (l) Advise on and assist, in close co-operation with the appropriate bodies of the United Nations, specialized agencies and the International Atomic Energy Agency, the developing countries in the exploitation, conservation and local transformation of their natural resources for the purpose of furthering the industrialization of developing countries;
- (m) Provide pilot and demonstration plans for accelerating industrialization in particular sectors;
- (n) Develop special measures designed to promote co-operation in the industrial field among developing countries and between the developed and developing countries;
- (o) Assist, in co-operation with other appropriate bodies, the regional planning of industrial development of the developing countries within the framework of regional and subregional groupings among those countries;
- (p) Encourage and promote the establishment and strengthening of industrial, business and professional associations, and similar organizations which would contribute to the full utilization of the internal resources of the
- gischen Programmen und Industrialisierungsplänen auf dem öffentlichen, genossenschaftlichen und privaten Sektor;
- e) sie begünstigt und unterstützt die Erarbeitung einer integrierten und interdisziplinären Methodik zur beschleunigten Industrialisierung der Entwicklungsländer;
- f) sie bildet ein Forum und ein Instrument, das den Entwicklungsländern und den Industrieländern für ihre Kontakte, Konsultationen und, auf Ersuchen der beteiligten Länder, für Verhandlungen zur Industrialisierung der Entwicklungsländer zur Verfügung steht;
- g) sie unterstützt die Entwicklungsländer bei der Ansiedlung und dem Betrieb von Industrien, einschließlich der landwirtschaftsbezogenen und der Grundindustrien, um die volle Nutzung von örtlich vorhandenen Naturschätzen und Arbeitskräften und die Produktion von Gütern für In- und Auslandsmärkte zu erreichen und zur wirtschaftlichen Autonomie dieser Länder beizutragen;
- h) sie dient als Mittler für Industrieinformationen und sammelt und überprüft zu diesem Zweck auf selektiver Grundlage sowie analysiert und erarbeitet zur weiteren Verbreitung Informationen über alle Aspekte der industriellen Entwicklung auf globaler, regionaler und nationaler Ebene und in Fachbereichen, einschließlich des Austauschs von Erfahrungen und technologischen Errungenschaften der industriell entwickelten Länder und der Entwicklungsländer mit verschiedenen Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen;
- i) sie widmet Sondermaßnahmen zur Unterstützung der am wenigsten entwickelten, land- oder meerumschlossenen Entwicklungsländer und der von Wirtschaftskrisen und Naturkatastrophen am härtesten betroffenen Entwicklungsländer besondere Aufmerksamkeit, ohne die Interessen der anderen Entwicklungsländer aus dem Blick zu verlieren;
- j) sie fördert, begünstigt und unterstützt die Entwicklung, Auswahl, Anpassung, Weitergabe und Anwendung industrieller Technologien, wobei sie den sozio-ökonomischen Bedingungen und den besonderen Bedürfnissen der betreffenden Industrie Rechnung trägt und die Weitergabe von Technologien von Industrieländern an Entwicklungsländer sowie zwischen Entwicklungsländern selbst besonders berücksichtigt;
- k) sie organisiert und unterstützt industrielle Ausbildungsprogramme, die den Entwicklungsländern helfen sollen, technisches und sonstiges geeignetes Personal auszubilden, das für deren beschleunigte industrielle Entwicklung in den verschiedenen Stadien benötigt wird;
- l) sie berät und unterstützt in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Organen der Vereinten Nationen, den Sonderorganisationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation die Entwicklungsländer bei der Nutzbarmachung, Erhaltung und heimischen Verarbeitung ihrer Naturschätze, um die Industrialisierung dieser Länder zu fördern;
- m) sie stellt Muster- und Demonstrationsanlagen zur Beschleunigung der Industrialisierung in bestimmten Teilbereichen zur Verfügung;
- n) sie erarbeitet Sondermaßnahmen, welche die Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander sowie zwischen Industrie- und Entwicklungsländern auf industriellem Gebiet fördern sollen;
- o) sie unterstützt in Zusammenarbeit mit anderen geeigneten Gremien die regionale Planung für die industrielle Entwicklung der Entwicklungsländer im Rahmen der regionalen und subregionalen Zusammenschlüsse dieser Länder;
- p) sie begünstigt und fördert die Gründung und Stärkung von Industrie-, Handels- und Berufsvereinigungen und ähnlichen Organisationen, welche die volle Nutzung der eigenen Möglichkeiten der Entwicklungsländer im Hinblick auf die

developing countries with a view to developing their national industries;

- (q) Assist in the establishment and operation of institutional infrastructure for the provision of regulatory, advisory and developmental services to industry;
- (r) Assist, at the request of Governments of the developing countries, in obtaining external financing for specific industrial projects on fair, equitable and mutually acceptable terms.

Entwicklung ihrer nationalen Industrien erleichtern können;

- q) sie unterstützt die Gründung und Unterhaltung einer institutionellen Infrastruktur, die Lenkungs-, Beratungs- und Entwicklungsdienste für die Industrie bereitstellt;
- r) sie unterstützt auf Antrag der Regierungen der Entwicklungsländer das Bemühen um die Fremdfinanzierung bestimmter Industrievorhaben zu gerechten, ausgewogenen und beiderseits annehmbaren Bedingungen.

Chapter II Participation

Article 3 Members

Membership in the Organization is open to all States which associate themselves with the objectives and principles of the Organization:

- (a) States members of the United Nations or of a specialized agency or of the International Atomic Energy Agency may become Members of the Organization by becoming parties to this Constitution in accordance with Article 24 and paragraph 2 of Article 25;
- (b) States other than those referred to in subparagraph (a) may become Members of the Organization by becoming parties to this Constitution in accordance with paragraph 3 of Article 24 and subparagraph 2 (c) of Article 25, after their membership has been approved by the Conference, by a two-thirds majority of the Members present and voting, upon the recommendation of the Board.

Article 4 Observers

1. Observers status in the Organization shall be open, upon request, to those enjoying such status in the General Assembly of the United Nations, unless the Conference decides otherwise.

2. Without prejudice to paragraph 1, the Conference has the authority to invite other observers to participate in the work of the Organization.

3. Observers shall be permitted to participate in the work of the Organization in accordance with the relevant rules of procedure and the provisions of this Constitution.

Article 5 Suspension

1. Any Member of the Organization that is suspended from the exercise of the rights and privileges of membership of the United Nations shall automatically be suspended from the exercise of the rights and privileges of membership of the Organization.

2. Any Member that is in arrears in the payment of its financial contributions to the Organization shall have no vote in the Organization if the amount of its arrears equals or exceeds the amount of the assessed contributions due from it for the preceding two fiscal years. Any organ may, nevertheless, permit such a Member to vote in that organ if it is satisfied that the failure to pay is due to conditions beyond the control of the Member.

Kapitel II Teilnahme

Artikel 3 Mitglieder

Die Mitgliedschaft in der Organisation steht allen Staaten offen, die sich die Ziele und Grundsätze der Organisation zu eigen machen.

- a) Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation können Mitglieder der Organisation werden, indem sie nach Artikel 24 und Artikel 25 Absatz 2 Vertragsparteien dieser Satzung werden.
- b) Andere als die unter Buchstabe a genannten Staaten können Mitglieder der Organisation werden, indem sie nach Artikel 24 Absatz 3 und Artikel 25 Absatz 2 Buchstabe c Vertragsparteien dieser Satzung werden, nachdem ihre Aufnahme auf Empfehlung des Rates von der Konferenz mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder gebilligt wurde.

Artikel 4 Beobachter

(1) Die Rechtsstellung eines Beobachters bei der Organisation wird auf Antrag den Beobachtern bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen zuerkannt, sofern die Konferenz nichts anderes beschließt.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 ist die Konferenz befugt, andere Beobachter zur Teilnahme an den Arbeiten der Organisation einzuladen.

(3) Die Beobachter sind berechtigt, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Geschäftsordnung und dieser Satzung an den Arbeiten der Organisation teilzunehmen.

Artikel 5 Zeitweiliger Entzug

(1) Einem Mitglied der Organisation, dem die Ausübung der Rechte und Vorrechte aus seiner Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zeitweilig entzogen wird, wird damit zugleich die Ausübung der Rechte und Vorrechte aus seiner Mitgliedschaft in der Organisation zeitweilig entzogen.

(2) Ein Mitglied, das mit der Zahlung seiner finanziellen Beiträge an die Organisation im Rückstand ist, hat in der Organisation kein Stimmrecht, wenn der rückständige Betrag die Höhe der Pflichtbeiträge erreicht oder übersteigt, die dieses Mitglied für die vorausgegangenen zwei Rechnungsjahre schuldet. Jedes Organ kann ihm jedoch die Ausübung des Stimmrechts in diesem Organ gestatten, wenn nach seiner Überzeugung der Zahlungsverzug auf Umständen beruht, die dieses Mitglied nicht zu vertreten hat.

Article 6
Withdrawal

1. A Member may withdraw from the Organization by depositing an instrument of denunciation of this Constitution with the Depositary.

2. Such withdrawal shall take effect on the last day of the fiscal year following that during which such instrument was deposited.

3. The contributions to be paid by the withdrawing Member for the fiscal year following that during which such instrument was deposited shall be the same as the assessed contributions for the fiscal year during which such deposit was effected. The withdrawing Member shall in addition fulfil any unconditional pledges it made prior to such deposit.

Chapter III
Organs

Article 7
Principal and subsidiary organs

1. The principal organs of the Organization shall be:

- (a) The General Conference (referred to as the "Conference");
- (b) The Industrial Development Board (referred to as the "Board");
- (c) The Secretariat.

2. There shall be established a Programme and Budget Committee to assist the Board in the preparation and examination of the programme of work, the regular budget and the operational budget of the Organization and other financial matters pertaining to the Organization.

3. Other subsidiary organs, including technical committees, may be established by the Conference or the Board, which shall give due regard to the principle of equitable geographical representation.

Article 8
General Conference

1. The Conference shall consist of representatives of all Members.

2. (a) The Conference shall hold a regular session every two years, unless it decides otherwise. Special sessions shall be convened by the Director-General at the request of the Board or of a majority of all Members.

(b) Regular sessions shall be held at the seat of the Organization, unless otherwise determined by the Conference. The Board shall determine the place where a special session is to be held.

3. In addition to exercising other functions specified in this Constitution, the Conference shall:

- (a) Determine the guiding principles and the policies of the Organization;
- (b) Consider reports of the Board, of the Director-General and of the subsidiary organs of the Conference;
- (c) Approve the programme of work, the regular budget and the operational budget of the Organization in accordance with Article 14, establish the scale of assessments in accordance with Article 15, approve the financial regulations of the Organization and supervise the effective utilization of the financial resources of the Organization;
- (d) Have the authority to adopt, by a two-thirds majority of the Members present and voting, conventions or agreements

Artikel 6
Austritt

(1) Ein Mitglied kann aus der Organisation austreten, indem es beim Verwahrer eine Urkunde hinterlegt, mit welcher es diese Satzung kündigt.

(2) Die Kündigung wird am letzten Tag des Rechnungsjahrs wirksam, das auf das Jahr der Hinterlegung der Urkunde folgt.

(3) Die Beiträge, die das austretende Mitglied für das Rechnungsjahr zu zahlen hat, das auf das Jahr der Hinterlegung der Urkunde folgt, sind die gleichen wie die Pflichtbeiträge im Rechnungsjahr der Hinterlegung. Zusätzlich leistet das austretende Mitglied alle freiwilligen Beiträge, die es vor der Hinterlegung vorbehaltlos angekündigt hat.

Kapitel III
Organe

Artikel 7
Haupt- und Nebenorgane

(1) Die Hauptorgane der Organisation sind

- a) die Generalkonferenz (als „Konferenz“ bezeichnet);
- b) der Rat für industrielle Entwicklung (als „Rat“ bezeichnet);
- c) das Sekretariat.

(2) Es wird ein Programm- und Haushaltsausschuß eingesetzt, der den Rat bei der Vorbereitung und Prüfung des Arbeitsprogramms, des ordentlichen Haushalts und des Projekthaushalts der Organisation sowie anderer die Organisation betreffender finanzieller Fragen unterstützt.

(3) Andere Nebenorgane, insbesondere Fachausschüsse, können von der Konferenz oder vom Rat eingesetzt werden, wobei diese den Grundsatz einer ausgewogenen geographischen Vertretung gebührend berücksichtigen.

Artikel 8
Generalkonferenz

(1) Die Konferenz besteht aus Vertretern aller Mitglieder.

(2) a) Die Konferenz hält alle zwei Jahre eine ordentliche Tagung ab, sofern sie nichts anderes beschließt. Außerordentliche Tagungen werden vom Generaldirektor auf Antrag des Rates oder der Mehrheit aller Mitglieder einberufen.

b) Die ordentlichen Tagungen finden am Sitz der Organisation statt, sofern die Konferenz nichts anderes beschließt. Der Ort einer außerordentlichen Tagung wird vom Rat festgelegt.

(3) Außer den sonstigen in dieser Satzung bezeichneten Aufgaben nimmt die Konferenz folgende Aufgaben wahr:

- a) Sie bestimmt die Leitlinien und die Politik der Organisation;
- b) sie prüft die Berichte des Rates, des Generaldirektors und der Nebenorgane der Konferenz;
- c) sie genehmigt nach Artikel 14 das Arbeitsprogramm, den ordentlichen Haushalt und den Projekthaushalt der Organisation, legt nach Artikel 15 den Beitragsschlüssel fest, genehmigt die Finanzordnung der Organisation und wacht darüber, daß die finanziellen Mittel der Organisation wirksam eingesetzt werden;
- d) sie ist befugt, mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder Abkommen oder Übereinkom-

with respect to any matter within the competence of the Organization and to make recommendations to the Members concerning such conventions or agreements;

- (e) Make recommendations to Members and to international organizations with respect to matters within the competence of the Organization;
- (f) Take any other appropriate action to enable the Organization to further its objectives and carry out its functions.

4. The Conference may delegate to the Board such of its powers and functions as it may consider desirable, except for those provided for in: Article 3, subparagraph (b); Article 4; Article 8, subparagraphs 3 (a), (b), (c) and (d); Article 9, paragraph 1; Article 10, paragraph 1; Article 11, paragraph 2; Article 14, paragraphs 4 and 6; Article 15; Article 18; Article 23, subparagraphs 2 (b) and 3 (b); and Annex I.

5. The Conference shall adopt its own rules of procedure.

6. Each Member shall have one vote in the Conference. Decisions shall be made by a majority of the Members present and voting unless otherwise specified in this Constitution or in the rules of procedure of the Conference.

Article 9

Industrial Development Board

1. The Board shall consist of 53 Members of the Organization elected by the Conference, which shall give due regard to the principle of equitable geographical distribution. In electing the members of the Board the Conference shall observe the following distribution of seats: 33 members of the Board shall be elected from the States listed in Parts A and C, 15 from the States listed in Part B, and 5 from the States listed in Part D of Annex I to this Constitution.

2. Members of the Board shall hold office from the close of the regular session of the Conference at which they were elected until the close of the regular session of the Conference four years thereafter, except that the members elected at the first session shall hold office from the time of such election and one half shall hold office only until the close of the regular session two years thereafter. Members of the Board may be re-elected.

3. (a) The Board shall hold at least one regular session each year at such times as it may determine. Special sessions shall be convened by the Director-General at the request of a majority of all members of the Board.

(b) Sessions shall be held at the seat of the Organization, unless otherwise determined by the Board.

4. In addition to exercising other functions specified in this Constitution or delegated to it by the Conference, the Board shall:

- (a) Acting under the authority of the Conference, review the implementation of the approved programme of work and of the corresponding regular budget and operational budget, as well as of other decisions of the Conference;
- (b) Recommend to the Conference a scale of assessments for regular budget expenditures;
- (c) Report to the Conference at each regular session on the activities of the Board;
- (d) Request Members to furnish information on their activities related to the work of the Organization;
- (e) In accordance with the decisions of the Conference and having regard to circumstances arising between sessions of the Board or the Conference, authorize the Director-

men anzunehmen, die in die Zuständigkeit der Organisation fallende Angelegenheiten betreffen, und bezüglich solcher Abkommen oder Übereinkommen Empfehlungen an die Mitglieder zu richten;

- e) sie richtet in Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich der Organisation fallen, Empfehlungen an die Mitglieder und an internationale Organisationen;
- f) sie trifft andere geeignete Maßnahmen, damit die Organisation ihre Ziele verfolgen und ihre Aufgaben wahrnehmen kann.

(4) Die Konferenz kann dem Rat diejenigen ihrer Rechte und Aufgaben übertragen, deren Übertragung sie für wünschenswert hält; hiervon sind diejenigen ausgenommen, die bezeichnet sind in Artikel 3 Buchstabe b; Artikel 4; Artikel 8 Absatz 3 Buchstaben a, b, c und d; Artikel 9 Absatz 1; Artikel 10 Absatz 1; Artikel 11 Absatz 2; Artikel 14 Absätze 4 und 6; Artikel 15; Artikel 18; Artikel 23 Absatz 2 Buchstabe b und Absatz 3 Buchstabe b und Anlage I.

(5) Die Konferenz gibt sich eine Geschäftsordnung.

(6) Jedes Mitglied hat in der Konferenz eine Stimme. Beschlüsse bedürfen der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder, soweit in dieser Satzung oder in der Geschäftsordnung der Konferenz nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 9

Rat für industrielle Entwicklung

(1) Der Rat besteht aus 53 Mitgliedern der Organisation; sie werden von der Konferenz unter gebührender Berücksichtigung des Grundsatzes einer ausgewogenen geographischen Vertretung gewählt. Bei der Wahl der Mitglieder des Rates legt die Konferenz die folgende Sitzverteilung zugrunde: 33 Mitglieder des Rates werden aus den Staaten gewählt, die in den Teilen A und C, 15 aus den Staaten, die in Teil B, und 5 aus den Staaten, die in Teil D der Anlage I aufgeführt sind.

(2) Die Amtszeit der Mitglieder des Rates dauert vom Ende der ordentlichen Tagung der Konferenz, auf der sie gewählt werden, bis zum Ende der vier Jahre danach stattfindenden ordentlichen Tagung der Konferenz; jedoch beginnt die Amtszeit der Mitglieder, die auf der ersten Tagung gewählt werden, mit dem Zeitpunkt dieser Wahl, wobei die Hälfte von ihnen nur bis zum Ende der zwei Jahre danach stattfindenden ordentlichen Tagung im Amt bleibt. Die Mitglieder des Rates können wiedergewählt werden.

(3) a) Der Rat hält zu dem von ihm bestimmten Zeitpunkt mindestens eine ordentliche Tagung im Jahr ab. Auf Antrag einer Mehrheit aller Ratsmitglieder wird er vom Generaldirektor zu einer außerordentlichen Tagung einberufen.

b) Die Tagungen finden am Sitz der Organisation statt, sofern der Rat nichts anderes beschließt.

(4) Außer den sonstigen in dieser Satzung bezeichneten oder ihm von der Konferenz übertragenen Aufgaben nimmt der Rat folgende Aufgaben wahr:

- a) Er überwacht im Auftrag der Konferenz die Durchführung des genehmigten Arbeitsprogramms und des entsprechenden ordentlichen Haushalts und Projekthaushalts sowie die Durchführung anderer Beschlüsse der Konferenz;
- b) er empfiehlt der Konferenz einen Beitragsschlüssel für die Ausgaben nach dem ordentlichen Haushalt;
- c) er berichtet der Konferenz auf jeder ordentlichen Tagung über seine Tätigkeit;
- d) er ersucht die Mitglieder um Auskunft über ihre die Arbeit der Organisation betreffenden Tätigkeiten;
- e) er ermächtigt den Generaldirektor in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Konferenz und unter Berücksichtigung etwaiger in der Zeit zwischen den Tagungen des Ra-

General to take such measures as the Board deems necessary to meet unforeseen events with due regard to the functions and financial resources of the Organization;

- (f) If the office of Director-General becomes vacant between sessions of the Conference, appoint an Acting Director-General to serve until the next regular or special session of the Conference;
- (g) Prepare the provisional agenda for the Conference;
- (h) Undertake such other functions as may be required to further the objectives of the Organization subject to the limitations stipulated in this Constitution.

5. The Board shall adopt its own rules of procedure.

6. Each member of the Board shall have one vote. Decisions shall be made by a majority of the members present and voting unless otherwise specified in this Constitution or in the rules of procedure of the Board.

7. The Board shall invite any Member not represented on the Board to participate without vote in its deliberations on any matter of particular concern to that Member.

Article 10

Programme and Budget Committee

1. The Programme and Budget Committee shall consist of 27 Members of the Organization elected by the Conference, which shall give due regard to the principle of equitable geographical distribution. In electing the members of the Committee the Conference shall observe the following distribution of seats: 15 members of the Committee shall be elected from the States listed in Parts A and C, 9 from the States listed in Part B, and 3 from the States listed in Part D of Annex I to this Constitution. In designating their representatives to serve on the Committee, States shall take into account their personal qualifications and experience.

2. Members of the Committee shall hold office from the close of the regular session of the Conference at which they were elected until the close of the regular session of the Conference two years thereafter. Members of the Committee may be re-elected.

3. (a) The Committee shall hold at least one session each year. Additional sessions shall be convened by the Director-General at the request of the Board or the Committee.

(b) Sessions shall be held at the seat of the Organization, unless otherwise determined by the Board.

4. The Committee shall:

- (a) Perform the functions assigned to it in Article 14;
- (b) Prepare the draft scale of assessments for regular budget expenditures, for submission to the Board;
- (c) Exercise such other functions with respect to financial matters as may be assigned to it by the Conference or the Board;
- (d) Report to the Board at each regular session on all activities of the Committee and submit advice or proposals on financial matters to the Board on its own initiative.

5. The Committee shall adopt its own rules of procedure.

6. Each member of the Committee shall have one vote. Decisions shall be made by a two-thirds majority of the members present and voting.

tes oder der Konferenz eintretender Umstände, die vom Rat für notwendig gehaltenen Maßnahmen zu treffen, um unvorhergesehenen Ereignissen zu begegnen, wobei den Aufgaben und den finanziellen Mitteln der Organisation gebührend Rechnung zu tragen ist;

- f) wird das Amt des Generaldirektors in der Zeit zwischen den Tagungen der Konferenz frei, so ernannt der Rat einen geschäftsführenden Generaldirektor, der dieses Amt bis zur nächsten ordentlichen oder außerordentlichen Tagung der Konferenz ausübt;
- g) er stellt die vorläufige Tagesordnung der Konferenz auf;
- h) er übernimmt innerhalb der in dieser Satzung festgelegten Grenzen alle anderen Aufgaben, die zur Verfolgung der Ziele der Organisation erforderlich sind.

(5) Der Rat gibt sich eine Geschäftsordnung.

(6) Jedes Mitglied des Rates hat eine Stimme. Beschlüsse bedürfen der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder, soweit in dieser Satzung oder in der Geschäftsordnung des Rates nichts anderes bestimmt ist.

(7) Der Rat lädt ein nicht in ihm vertretenes Mitglied ein, ohne Stimmrecht an seinen Beratungen über Angelegenheiten teilzunehmen, die für dieses Mitglied von besonderem Belang sind.

Artikel 10

Programm- und Haushaltsausschuß

(1) Der Programm- und Haushaltsausschuß besteht aus 27 Mitgliedern der Organisation; sie werden von der Konferenz unter gebührender Berücksichtigung des Grundsatzes einer ausgewogenen geographischen Vertretung gewählt. Bei der Wahl der Mitglieder des Ausschusses legt die Konferenz die folgende Sitzverteilung zugrunde: 15 Mitglieder des Ausschusses werden aus den Staaten gewählt, die in den Teilen A und C, 9 aus den Staaten, die in Teil B, und 3 aus den Staaten, die in Teil D der Anlage I aufgeführt sind. Bei der Benennung ihrer Vertreter im Ausschuß berücksichtigen die Staaten deren persönliche Eignung und Erfahrung.

(2) Die Amtszeit der Mitglieder des Ausschusses dauert vom Ende der ordentlichen Tagung der Konferenz, auf der sie gewählt werden, bis zum Ende der zwei Jahre danach stattfindenden ordentlichen Tagung der Konferenz. Die Mitglieder des Ausschusses können wiedergewählt werden.

(3) a) Der Ausschuß hält mindestens eine Tagung im Jahr ab. Auf Antrag des Rates oder auf eigenen Antrag wird er vom Generaldirektor zu weiteren Tagungen einberufen.

b) Die Tagungen finden am Sitz der Organisation statt, sofern der Rat nichts anderes beschließt.

(4) Der Ausschuß

- a) nimmt die ihm in Artikel 14 zugewiesenen Aufgaben wahr;
- b) erstellt den dem Rat vorzulegenden Entwurf des Beitragschlüssels zur Deckung der Ausgaben des ordentlichen Haushalts;
- c) nimmt sonstige Aufgaben wahr, die ihm gegebenenfalls von der Konferenz oder vom Rat auf finanziellem Gebiet übertragen werden;
- d) berichtet dem Rat auf jeder ordentlichen Tagung über alle seine Tätigkeiten und unterbreitet dem Rat von sich aus Ratschläge oder Vorschläge zu finanziellen Fragen.

(5) Der Ausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung.

(6) Jedes Mitglied des Ausschusses hat eine Stimme. Beschlüsse bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder.

Article 11**Secretariat**

1. The Secretariat shall comprise a Director-General, as well as such Deputy Directors-General and other staff as the Organization may require.

2. The Director-General shall be appointed by the Conference upon recommendation of the Board for a period of four years. He may be reappointed for a further term of four years, after which he shall not be eligible for reappointment.

3. The Director-General shall be the chief administrative officer of the Organization. Subject to general or specific directives of the Conference or the Board, the Director-General shall have the over-all responsibility and authority to direct the work of the Organization. Under the authority of and subject to the control of the Board, the Director-General shall be responsible for the appointment, organization and functioning of the staff.

4. In the performance of their duties the Director-General and the staff shall not seek or receive instructions from any government or from any authority external to the Organization. They shall refrain from any action that might reflect on their position as international officials responsible only to the Organization. Each Member undertakes to respect the exclusively international character of the responsibilities of the Director-General and the staff and not to seek to influence them in the discharge of their responsibilities.

5. The staff shall be appointed by the Director-General under regulations to be established by the Conference upon recommendation of the Board. Appointments at the level of Deputy Director-General shall be subject to approval by the Board. The conditions of service of staff shall conform as far as possible to those of the United Nations common system. The paramount consideration in the employment of the staff and in determining the conditions of service shall be the necessity of securing the highest standards of efficiency, competence and integrity. Due regard shall be paid to the importance of recruiting staff on a wide and equitable geographical basis.

6. The Director-General shall act in that capacity at all meetings of the Conference, of the Board and of the Programme and Budget Committee, and shall perform such other functions as are entrusted to him by these organs. He shall prepare an annual report on the activities of the Organization. In addition, he shall submit to the Conference or to the Board, as appropriate, such other reports, as may be required.

Chapter IV**Programme of Work and Financial Matters****Article 12****Expenses of delegations**

Each Member and observer shall bear the expenses of its own delegation to the Conference, to the Board or to any other organ in which it may participate.

Article 13**Composition of budgets**

1. The activities of the Organization shall be carried out in accordance with its approved programme of work and budgets.

Artikel 11**Sekretariat**

(1) Das Sekretariat besteht aus einem Generaldirektor und den von der Organisation benötigten stellvertretenden Generaldirektoren und sonstigen Bediensteten.

(2) Der Generaldirektor wird auf Empfehlung des Rates von der Konferenz für die Dauer von vier Jahren ernannt. Er kann für eine weitere Amtszeit von vier Jahren ernannt werden; danach ist eine Wiederernennung nicht möglich.

(3) Der Generaldirektor ist der höchste Verwaltungsbeamte der Organisation. Vorbehaltlich der allgemeinen oder besonderen Weisungen der Konferenz oder des Rates hat der Generaldirektor die Gesamtverantwortung und die Befugnis, die Arbeit der Organisation zu leiten. Im Auftrag und unter Aufsicht des Rates ist der Generaldirektor für die Einstellung der Bediensteten und die Organisation und Leitung des Personalwesens verantwortlich.

(4) Der Generaldirektor und die sonstigen Bediensteten dürfen bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten von einer Regierung oder von einer Autorität außerhalb der Organisation Weisungen weder erbitten noch entgegennehmen. Sie haben jede Handlung zu unterlassen, die ihrer Stellung als internationale, nur der Organisation verantwortliche Bedienstete abträglich sein könnte. Jedes Mitglied verpflichtet sich, den ausschließlich internationalen Charakter der Verantwortung des Generaldirektors und der sonstigen Bediensteten zu achten und nicht zu versuchen, sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen.

(5) Die Bediensteten werden vom Generaldirektor im Einklang mit Regelungen ernannt, welche die Konferenz auf Empfehlung des Rates erläßt. Die Ernennung von Bediensteten im Rang eines stellvertretenden Generaldirektors bedarf der Zustimmung des Rates. Die Beschäftigungsbedingungen der Bediensteten entsprechen so weit wie möglich denjenigen, die im gemeinsamen System der Vereinten Nationen Anwendung finden. Bei der Einstellung der Bediensteten und der Regelung ihres Dienstverhältnisses gilt als ausschlaggebend der Gesichtspunkt, daß es notwendig ist, ein Höchstmaß an Leistungsfähigkeit, fachlicher Eignung und Ehrenhaftigkeit zu gewährleisten. Der Umstand, daß es wichtig ist, die Auswahl der Bediensteten auf breiter und ausgewogener geographischer Grundlage vorzunehmen, ist gebührend zu berücksichtigen.

(6) Der Generaldirektor ist in dieser Eigenschaft bei allen Sitzungen der Konferenz, des Rates und des Programm- und Haushaltsausschusses tätig und nimmt alle sonstigen ihm von diesen Organen zugewiesenen Aufgaben wahr. Er erstellt einen Jahresbericht über die Tätigkeit der Organisation. Außerdem legt er der Konferenz beziehungsweise dem Rat weitere gegebenenfalls erforderliche Berichte vor.

Kapitel IV**Arbeitsprogramm und finanzielle Fragen****Artikel 12****Kosten der Delegationen**

Mitglieder und Beobachter tragen selbst die Kosten ihrer Delegationen bei der Konferenz, dem Rat oder anderen Organen, in denen sie mitwirken.

Artikel 13**Zusammensetzung der Haushalte**

(1) Die Organisation übt ihre Tätigkeit in Übereinstimmung mit ihrem genehmigten Arbeitsprogramm und ihren genehmigten Haushalten aus.

2. The expenditures of the Organization shall be divided into the following categories:

- (a) Expenditures to be met from assessed contributions (referred to as the "regular budget"); and
- (b) Expenditures to be met from voluntary contributions to the Organization, and such other income as may be provided for in the financial regulations (referred to as the "operational budget").

3. The regular budget shall provide for expenditures for administration, research, other regular expenses of the Organization and for other activities, as provided for in Annex II.

4. The operational budget shall provide for expenditures for technical assistance and other related activities.

(2) Die Ausgaben der Organisation werden wie folgt unterteilt:

- a) Ausgaben, die aus Pflichtbeiträgen zu bestreiten sind (als „ordentlicher Haushalt“ bezeichnet);
- b) Ausgaben, die aus freiwilligen Beiträgen an die Organisation und aus anderen, gegebenenfalls in der Finanzordnung vorgesehenen Einnahmen zu bestreiten sind (als „Projekthaushalt“ bezeichnet).

(3) Aus dem ordentlichen Haushalt werden, wie in Anlage II vorgesehen, die Verwaltungs- und Forschungsausgaben und andere ordentliche Ausgaben der Organisation sowie Ausgaben für sonstige Tätigkeiten bestritten.

(4) Aus dem Projekthaushalt werden Ausgaben für technische Hilfe und andere hiermit verbundene Tätigkeiten bestritten.

Article 14

Programme and budgets

1. The Director-General shall prepare and submit to the Board through the Programme and Budget Committee, at a time specified in the financial regulations, a draft programme of work for the following fiscal period, together with the corresponding estimates for those activities to be financed from the regular budget. The Director-General shall, at the same time, submit proposals and financial estimates for those activities to be financed from voluntary contributions to the Organization.

2. The Programme and Budget Committee shall consider the proposals of the Director-General and submit to the Board its recommendations on the proposed programme of work and corresponding estimates for the regular budget and the operational budget. Such recommendations of the Committee shall require a two-thirds majority of the members present and voting.

3. The Board shall examine the proposals of the Director-General together with any recommendations of the Programme and Budget Committee and adopt the programme of work, the regular budget and the operational budget, with such modifications as it deems necessary, for submission to the Conference for consideration and approval. Such adoption shall require a two-thirds majority of the members present and voting.

4 (a) The Conference shall consider and approve the programme of work and the corresponding regular budget and operational budget submitted to it by the Board, by a two-thirds majority of the Members present and voting.

(b) The Conference may make amendments in the programme of work and the corresponding regular budget and operational budget, in accordance with paragraph 6.

5 When required, supplementary or revised estimates for the regular budget or operational budget shall be prepared and approved in accordance with paragraphs 1 to 4 above and the financial regulations.

6 No resolution, decision or amendment involving expenditure, which has not already been considered in accordance with paragraphs 2 and 3, shall be approved by the Conference unless it is accompanied by an estimate of expenditures prepared by the Director-General. No resolution, decision or amendment in respect of which expenditures are anticipated by the Director-General shall be approved by the Conference until the Programme and Budget Committee and subsequently the Board, meeting concurrently with the Conference, have had an opportunity to act in accordance with paragraphs 2 and 3. The Board shall submit its decisions to the Conference. The approval by the Conference of such resolutions, decisions and amendments shall require a two-thirds majority of all Members.

Artikel 14

Programm und Haushalte

(1) Der Generaldirektor erstellt einen Entwurf des Arbeitsprogramms für das jeweils folgende Rechnungsjahr und unterbreitet ihn über den Programm- und Haushaltsausschuß zu dem in der Finanzordnung festgesetzten Zeitpunkt dem Rat, zusammen mit den entsprechenden Voranschlägen für die aus dem ordentlichen Haushalt zu finanzierenden Tätigkeiten. Gleichzeitig legt der Generaldirektor Vorschläge und Kostenvorschläge für die Tätigkeiten vor, die aus den freiwilligen Beiträgen an die Organisation zu finanzieren sind.

(2) Der Programm- und Haushaltsausschuß prüft die Vorschläge des Generaldirektors und unterbreitet dem Rat seine Empfehlungen zu dem vorgeschlagenen Arbeitsprogramm und den entsprechenden Voranschlägen für den ordentlichen Haushalt und den Projekthaushalt. Diese Empfehlungen des Ausschusses bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder.

(3) Der Rat prüft die Vorschläge des Generaldirektors zusammen mit etwaigen Empfehlungen des Programm- und Haushaltsausschusses und nimmt das Arbeitsprogramm, den ordentlichen Haushalt und den Projekthaushalt mit den ihm angebracht erscheinenden Änderungen an, um sie der Konferenz zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen. Die Annahme bedarf einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder.

(4) a) Die Konferenz prüft das Arbeitsprogramm sowie den entsprechenden ordentlichen Haushalt und Projekthaushalt, die ihr der Rat vorgelegt hat, und genehmigt sie mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder.

b) Die Konferenz kann am Arbeitsprogramm und am entsprechenden ordentlichen Haushalt und Projekthaushalt nach Maßgabe des Absatzes 6 Änderungen vornehmen.

(5) Falls erforderlich, werden nach Maßgabe der Absätze 1 bis 4 und der Finanzordnung ergänzende oder revidierte Voranschläge für den ordentlichen Haushalt oder den Projekthaushalt erstellt und genehmigt.

(6) Mit Kosten verbundene EntschlieBungen, Beschlüsse oder Änderungen, die noch nicht nach den Absätzen 2 und 3 geprüft wurden, werden von der Konferenz nur genehmigt, wenn ihnen ein vom Generaldirektor erstellter Kostenvorschlag beigelegt ist. EntschlieBungen, Beschlüsse oder Änderungen, die nach Ansicht des Generaldirektors mit Kosten verbunden sind, werden von der Konferenz nicht genehmigt, bevor der Programm- und Haushaltsausschuß und danach der Rat, die zur gleichen Zeit wie die Konferenz tagen, Gelegenheit hatten, nach den Absätzen 2 und 3 tätig zu werden. Der Rat legt seine Beschlüsse der Konferenz vor. Die Genehmigung solcher EntschlieBungen, Beschlüsse und Änderungen durch die Konferenz bedarf einer Zweidrittelmehrheit aller Mitglieder.

Article 15**Assessed contributions**

1. Regular budget expenditures shall be borne by the Members, as apportioned in accordance with a scale of assessment established by the Conference by a two-thirds majority of the Members present and voting, upon the recommendation of the Board adopted by a two-thirds majority of the members present and voting, on the basis of a draft prepared by the Programme and Budget Committee.

2. The scale of assessments shall be based to the extent possible on the scale most recently employed by the United Nations. No Member shall be assessed more than twenty-five per cent of the regular budget of the Organization.

Article 16**Voluntary contributions to the Organization**

Subject to the financial regulations of the Organization, the Director-General, on behalf of the Organization, may accept voluntary contributions to the Organization, including gifts, bequests and subventions, made to the Organization by governments, intergovernmental or non-governmental organizations or other non-governmental sources, provided that the conditions attached to such voluntary contributions are consistent with the objectives and policies of the Organization.

Article 17**Industrial Development Fund**

In order to increase the resources of the Organization and to enhance its ability to meet promptly and flexibly the needs of the developing countries, the Organization shall have an Industrial Development Fund which will be financed through the voluntary contributions to the Organization provided for in Article 16, and other income as may be provided for in the financial regulations of the Organization. The Director-General shall administer the Industrial Development Fund in accordance with the general policy guidelines governing the operations of the Fund that are established by the Conference, or by the Board acting on behalf of the Conference, and in accordance with the financial regulations of the Organization.

Chapter V**Co-operation and Co-ordination****Article 18****Relations with the United Nations**

The Organization shall be brought into relationship with the United Nations as one of the specialized agencies referred to in Article 57 of the Charter of the United Nations. Any agreement concluded in accordance with Article 63 of the Charter shall require the approval of the Conference, by a two-thirds majority of the Members present and voting, upon the recommendation of the Board.

Article 19**Relations with other organizations**

1. The Director-General may, with the approval of the Board and subject to guidelines established by the Conference:

- (a) Enter into agreements establishing appropriate relationships with other organizations of the United Nations system and with other intergovernmental and governmental organizations,

Artikel 15**Pflichtbeiträge**

(1) Die Ausgaben des ordentlichen Haushalts werden von den Mitgliedern nach einem Beitragsschlüssel getragen, der von der Konferenz mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder erstellt wird; dabei stützt sie sich auf eine mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder angenommene und auf einem vom Programm- und Haushaltsausschuß erstellten Entwurf beruhende Empfehlung des Rates.

(2) Der Beitragsschlüssel soll sich so weit wie möglich nach dem letzten bei den Vereinten Nationen angewandten Schlüssel richten. Der Pflichtbeitrag eines Mitglieds darf fünfundzwanzig v. H. des ordentlichen Haushalts der Organisation nicht überschreiten.

Artikel 16**Freiwillige Beiträge an die Organisation**

Vorbehaltlich der Finanzordnung der Organisation kann der Generaldirektor im Namen der Organisation freiwillige Beiträge an die Organisation wie Schenkungen, Vermächtnisse und sonstige Zuwendungen von Regierungen, zwischenstaatlichen oder nichtstaatlichen Organisationen oder anderen nichtstaatlichen Quellen entgegennehmen, sofern die an diese freiwilligen Beiträge geknüpften Bedingungen mit den Zielen und der Politik der Organisation vereinbar sind.

Artikel 17**Fonds für industrielle Entwicklung**

Um die Mittel der Organisation zu mehren und ihre Fähigkeit zu stärken, den Bedürfnissen der Entwicklungsländer schnell und flexibel zu entsprechen, verfügt die Organisation über einen Fonds für industrielle Entwicklung, der durch die in Artikel 16 vorgesehenen freiwilligen Beiträge an die Organisation und andere gegebenenfalls in ihrer Finanzordnung vorgesehene Einnahmen gespeist wird. Der Generaldirektor verwaltet den Fonds für industrielle Entwicklung im Einklang mit den von der Konferenz oder vom Rat im Namen der Konferenz aufgestellten allgemeinen Leitlinien über den Betrieb des Fonds und im Einklang mit der Finanzordnung der Organisation.

Kapitel V**Zusammenarbeit und Koordination****Artikel 18****Beziehungen zu den Vereinten Nationen**

Die Organisation wird als eine der in Artikel 57 der Charta der Vereinten Nationen bezeichneten Sonderorganisationen mit den Vereinten Nationen in Beziehung gebracht. Alle nach Artikel 63 der Charta geschlossenen Abkommen bedürfen der Genehmigung durch die Konferenz, die mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder auf Empfehlung des Rates erteilt wird.

Artikel 19**Beziehungen zu anderen Organisationen**

(1) Der Generaldirektor kann mit Genehmigung des Rates und vorbehaltlich der von der Konferenz aufgestellten Richtlinien

- a) Abkommen schließen, die zweckdienliche Beziehungen zu anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und zu anderen zwischenstaatlichen und staatlichen Organisationen begründen,

(b) Establish appropriate relations with non-governmental and other organizations the work of which is related to that of the Organization. When establishing such relations with national organizations the Director-General shall consult with the governments concerned.

2. Subject to such agreements and relations, the Director-General may establish working arrangements with such organizations.

Chapter VI
Legal matters

Article 20
Seat

1. The seat of the Organization shall be Vienna. The Conference may change the seat by a two-thirds majority of all Members.

2. The Organization shall conclude a headquarters agreement with the Host Government.

Article 21
Legal capacity, privileges and immunities

1. The Organization shall enjoy in the territory of each of its Members such legal capacity and such privileges and immunities as are necessary for the exercise of its functions and for the fulfilment of its objectives. Representatives of Members and officials of the Organization shall enjoy such privileges and immunities as are necessary for the independent exercise of their functions in connection with the Organization.

2. The legal capacity, privileges and immunities referred to in paragraph 1 shall:

- (a) In the territory of any Member that has acceded to the Convention on the Privileges and Immunities of the Specialized Agencies in respect of the Organization, be as defined in the standard clauses of that Convention as modified by an annex thereto approved by the Board;
- (b) In the territory of any Member that has not acceded to the Convention on the Privileges and Immunities of the Specialized Agencies in respect of the Organization but has acceded to the Convention on the Privileges and Immunities of the United Nations, be as defined in the latter Convention, unless such State notifies the Depositary on depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession that it will not apply this Convention to the Organization; the Convention on the Privileges and Immunities of the United Nations shall cease to apply to the Organization thirty days after such State has so notified the Depositary;
- (c) Be as defined in other agreements entered into by the Organization.

Article 22
Settlement of disputes
and requests for advisory opinions

1. (a) Any dispute among two or more Members concerning the interpretation or application of this Constitution, including its annexes, that is not settled by negotiation shall be referred to the Board unless the parties concerned agree on another

b) zweckdienliche Beziehungen zu nichtstaatlichen und anderen Organisationen aufnehmen, deren Arbeit derjenigen der Organisation verwandt ist. Bei der Aufnahme solcher Beziehungen zu nationalen Organisationen konsultiert der Generaldirektor die betreffenden Regierungen.

(2) Vorbehaltlich solcher Abkommen und Beziehungen kann der Generaldirektor Arbeitsvereinbarungen mit solchen Organisationen treffen.

Kapitel VI
Rechtsfragen

Artikel 20
Sitz

(1) Sitz der Organisation ist Wien. Die Konferenz kann den Sitz mit Zweidrittelmehrheit aller Mitglieder ändern.

(2) Die Organisation schließt mit der Regierung des Gastlands ein Sitzabkommen.

Artikel 21
Rechts- und Geschäftsfähigkeit,
Vorrechte und Immunitäten

(1) Die Organisation genießt im Hoheitsgebiet jedes Mitglieds die Rechts- und Geschäftsfähigkeit sowie die Vorrechte und Immunitäten, die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und zur Verwirklichung ihrer Ziele erforderlich sind. Vertreter der Mitglieder und Bedienstete der Organisation genießen die Vorrechte und Immunitäten, deren sie bedürfen, um ihre mit der Organisation zusammenhängenden Aufgaben in voller Unabhängigkeit wahrnehmen zu können.

(2) Die Rechts- und Geschäftsfähigkeit sowie die Vorrechte und Immunitäten nach Absatz 1

- a) entsprechen im Hoheitsgebiet eines Mitglieds, das dem Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen in bezug auf die Organisation beigetreten ist, der Rechts- und Geschäftsfähigkeit sowie den Vorrechten und Immunitäten nach den Standardklauseln jenes Abkommens in der durch eine vom Rat genehmigte Anlage dazu geänderten Fassung;
- b) entsprechen im Hoheitsgebiet eines Mitglieds, das in bezug auf die Organisation nicht dem Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen, wohl aber dem Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen beigetreten ist, der Rechts- und Geschäftsfähigkeit sowie den Vorrechten und Immunitäten nach dem letztgenannten Übereinkommen, es sei denn, der betreffende Staat notifiziert dem Verwahrer bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde, daß er dieses Übereinkommen nicht auf die Organisation anwenden wird; dreißig Tage nach einer solchen Notifikation findet das Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen in bezug auf die Organisation nicht mehr Anwendung;
- c) entsprechen der Rechts- und Geschäftsfähigkeit sowie den Vorrechten und Immunitäten nach anderen von der Organisation geschlossenen Übereinkünften.

Artikel 22
Beilegung von Streitigkeiten
und Einholung von Gutachten

(1) a) Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Mitgliedern über die Auslegung oder Anwendung dieser Satzung einschließlich ihrer Anlagen, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden kann, wird dem Rat zur Entscheidung unterbrei-

mode of settlement. If the dispute is of particular concern to a Member not represented on the Board, that Member shall be entitled to be represented in accordance with rules to be adopted by the Board.

(b) If the dispute is not settled pursuant to paragraph 1 (a) to the satisfaction of any party to the dispute, that party may refer the matter: either,

(i) if the parties so agree:

(A) to the International Court of Justice; or

(B) to an arbitral tribunal;

or,

(ii) otherwise, to a conciliation commission.

The rules concerning the procedures and operation of the arbitral tribunal and of the conciliation commission are laid down in Annex III to this Constitution.

2. The Conference and the Board are separately empowered, subject to authorization from the General Assembly of the United Nations, to request the International Court of Justice to give an advisory opinion on any legal question arising within the scope of the Organization's activities.

Article 23 Amendments

1. At any time after the second regular session of the Conference any Member may propose amendments to this Constitution. Texts of proposed amendments shall be promptly communicated by the Director-General to all Members and shall not be considered by the Conference until ninety days after the dispatch of such communication.

2. Except as specified in paragraph 3, an amendment shall come into force and be binding on all Members when:

- (a) It is recommended by the Board to the Conference;
- (b) It is approved by the Conference by a two-thirds majority of all Members; and
- (c) Two-thirds of the Members have deposited instruments of ratification, acceptance or approval of the amendment with the Depositary

3. An amendment relating to Article 6, 9, 10, 13, 14 or 23 or to Annex II shall come into force and be binding on all Members when:

- (a) It is recommended by the Board to the Conference by a two-thirds majority of all members of the Board;
- (b) It is approved by the Conference by a two-thirds majority of all Members; and
- (c) Three-fourths of the Members have deposited instruments of ratification, acceptance or approval of the amendment with the Depositary

Article 24 Signature, ratification, acceptance, approval and accession

1. This Constitution shall be open for signature by all States specified in subparagraph (a) of Article 3, until 7 October 1979 at the Federal Ministry for Foreign Affairs of the Republic of Austria and subsequently at United Nations Headquarters in New York until the date this Constitution enters into force.

2. This Constitution shall be subject to ratification, acceptance or approval by signatory States. Instruments of ratification, acceptance or approval of such States shall be deposited with the Depositary.

tet, sofern die beteiligten Parteien keine andere Art der Beilegung vereinbaren. Ist die Streitigkeit für ein nicht im Rat vertretenes Mitglied von besonderer Bedeutung, so hat dieses das Recht, sich nach vom Rat zu beschließenden Vorschriften vertreten zu lassen.

b) Ist die Streitigkeit nach Auffassung einer Streitpartei nicht gemäß Absatz 1 Buchstabe a zufriedenstellend beigelegt worden, so kann diese Partei die Streitigkeit entweder,

i) wenn die Parteien dem zustimmen,

A) dem Internationalen Gerichtshof oder

B) einem Schiedsgericht

oder

ii) anderenfalls einer Vergleichskommission unterbreiten.

Die Vorschriften über das Verfahren und die Tätigkeit des Schiedsgerichts und der Vergleichskommission sind in Anlage III niedergelegt.

(2) Die Konferenz und der Rat sind unabhängig voneinander ermächtigt, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen den Internationalen Gerichtshof um ein Gutachten zu jeder Rechtsfrage zu ersuchen, die sich bei der Tätigkeit der Organisation ergibt.

Artikel 23 Änderungen

(1) Nach der zweiten ordentlichen Tagung der Konferenz kann ein Mitglied jederzeit Änderungen dieser Satzung vorschlagen. Der Wortlaut der Änderungsvorschläge wird allen Mitgliedern vom Generalsekretär umgehend übermittelt und von der Konferenz frühestens nach Ablauf von neunzig Tagen nach der Übermittlung geprüft.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 3 tritt eine Änderung in Kraft und wird für alle Mitglieder verbindlich,

- a) wenn sie der Konferenz vom Rat empfohlen wird,
- b) wenn sie von der Konferenz mit Zweidrittelmehrheit aller Mitglieder genehmigt wird und
- c) wenn zwei Drittel der Mitglieder beim Verwahrer Urkunden über die Ratifikation, Annahme oder Genehmigung der Änderung hinterlegt haben.

(3) Eine Änderung betreffend Artikel 6, 9, 10, 13, 14 oder 23 oder betreffend Anlage II tritt in Kraft und wird für alle Mitglieder verbindlich,

- a) wenn sie der Konferenz vom Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Ratsmitglieder empfohlen wird,
- b) wenn sie von der Konferenz mit Zweidrittelmehrheit aller Mitglieder genehmigt wird und
- c) wenn drei Viertel der Mitglieder beim Verwahrer Urkunden über die Ratifikation, Annahme oder Genehmigung der Änderung hinterlegt haben.

Artikel 24 Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt

(1) Diese Satzung liegt für alle in Artikel 3 Buchstabe a bezeichneten Staaten bis zum 7. Oktober 1979 im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich und danach bis zu ihrem Inkrafttreten am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf.

(2) Diese Satzung bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Unterzeichnerstaaten. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden dieser Staaten werden beim Verwahrer hinterlegt.

3. After the entry into force of this Constitution in accordance with paragraph 1 of Article 25, States specified in subparagraph (a) of Article 3 that have not signed this Constitution, as well as States approved for membership pursuant to subparagraph (b) of that Article, may accede to this Constitution by depositing instruments of accession.

Article 25
Entry into force

1. This Constitution shall enter into force when at least eighty States that had deposited instruments of ratification, acceptance or approval notify the Depositary that they have agreed, after consultations among themselves, that this Constitution shall enter into force.

2. This Constitution shall enter into force:

- (a) For States that participated in the notification referred to in paragraph 1, on the date of the entry into force of this Constitution;
- (b) For States that had deposited instruments of ratification, acceptance or approval before the entry into force of this Constitution but did not participate in the notification referred to in paragraph 1, on such later date on which they notify the Depositary that this Constitution shall enter into force for them;
- (c) For States that deposit instruments of ratification, acceptance, approval or accession subsequent to the entry into force of this Constitution, on the date of such deposit.

Article 26
Transitional arrangements

1. The Depositary shall convene the first session of the Conference, to be held within three months following the entry into force of this Constitution.

2. The rules and regulations governing the organization established by United Nations General Assembly resolution 2152 (XXI) shall govern the Organization and its organs until such time as the latter may adopt new provisions.

Article 27
Reservations

No reservations may be made in respect of this Constitution.

Article 28
Depositary

1. The Secretary-General of the United Nations shall be the Depositary of this Constitution.

2. In addition to notifying the States concerned, the Depositary shall notify the Director-General of all matters affecting this Constitution.

Article 29
Authentic texts

This Constitution shall be authentic in Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish.

(3) Nach dem Inkrafttreten dieser Satzung gemäß Artikel 25 Absatz 1 können die in Artikel 3 Buchstabe a bezeichneten Staaten, die diese Satzung nicht unterzeichnet haben, sowie Staaten, deren Aufnahmeantrag nach Buchstabe b jenes Artikels genehmigt wurde, durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde dieser Satzung beitreten.

Artikel 25
Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt in Kraft, wenn mindestens achtzig Staaten, die eine Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt haben, dem Verwahrer notifiziert haben, daß sie nach gegenseitigen Konsultationen übereingekommen sind, daß diese Satzung in Kraft treten soll.

(2) Diese Satzung tritt wie folgt in Kraft:

- a) für Staaten, welche die in Absatz 1 erwähnte Notifikation vorgenommen haben, am Tag des Inkrafttretens dieser Satzung;
- b) für Staaten, die vor dem Inkrafttreten dieser Satzung eine Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt, nicht aber die in Absatz 1 erwähnte Notifikation vorgenommen haben, an dem späteren Tag, an dem sie dem Verwahrer notifizieren, daß die Satzung für sie in Kraft tritt;
- c) für Staaten, die nach dem Inkrafttreten dieser Satzung eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegen, am Tag dieser Hinterlegung.

Artikel 26
Übergangsbestimmungen

(1) Der Verwahrer beruft die erste Tagung der Konferenz ein; sie hat binnen drei Monaten nach dem Inkrafttreten dieser Satzung stattzufinden.

(2) Die mit Entschließung 2152 (XXI) der Generalversammlung der Vereinten Nationen aufgestellten Vorschriften und Regelungen über die Organisation gelten so lange für die Organisation und ihre Organe, bis diese neue Bestimmungen beschließen.

Artikel 27
Vorbehalte

Vorbehalte zu dieser Satzung sind nicht zulässig.

Artikel 28
Verwahrer

(1) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist Verwahrer dieser Satzung.

(2) Der Verwahrer notifiziert den beteiligten Staaten und dem Generaldirektor alle diese Satzung betreffenden Fragen.

Artikel 29
Verbindliche Wortlaute

Der arabische, chinesische, englische, französische, russische und spanische Wortlaut dieser Satzung ist gleichermaßen verbindlich.

Annex I
Lists of States

1. If a State that is not listed in any of the lists below becomes a Member, the Conference shall decide, after appropriate consultations, in which of those lists it is to be included.

2. The Conference may at any time, after appropriate consultations, change the classification of a Member as listed below.

3. Changes in the lists below that are made in accordance with paragraph 1 or 2 shall not be considered amendments within the meaning of Article 23.

Lists

[The lists of States to be included by the Depositary in this Annex are the lists determined by the General Assembly of the United Nations for the purpose of paragraph 4 of section II of its resolution 2152 (XXI), as in effect on the date this Constitution enters into force.]

Annex II
The regular budget

A.

1. Administration, research and other regular expenses of the Organization shall be deemed to include:

- (a) Interregional and regional advisers;
- (b) Short-term advisory services provided by the staff of the Organization;
- (c) Meetings, including technical meetings, provided for in the programme of work financed from the regular budget of the Organization;
- (d) Programme support costs arising from technical assistance projects, to the extent that these costs are not reimbursed to the Organization by the source of financing of such projects.

2. Concrete proposals conforming to the above provisions shall be implemented after consideration by the Programme and Budget Committee, adoption by the Board and approval by the Conference, in accordance with Article 14.

B.

In order to improve the effectiveness of the Organization's programme of work in the field of industrial development, the regular budget shall also finance other activities heretofore financed out of Section 15 of the United Nations Regular Budget, in the amount of 6 per cent of the total of the regular budget. These activities shall strengthen the Organization's contribution to the United Nations development system taking into account the importance of utilizing the United Nations Development Programme country programming process, which is subject to the consent of the countries concerned, as a frame of reference for these activities.

Anlage I
Staatenlisten

(1) Wird ein in einer der nachstehenden Listen nicht aufgeführter Staat Mitglied der Organisation, so entscheidet die Konferenz nach angemessenen Konsultationen, in welche dieser Listen er aufgenommen werden soll.

(2) Die Konferenz kann nach angemessenen Konsultationen jederzeit die Einordnung eines Mitglieds in die nachstehenden Listen ändern.

(3) Änderungen in den nachstehenden Listen nach Absatz 1 oder 2 gelten nicht als Änderungen dieser Satzung im Sinne des Artikels 23.

Listen *)

[Die vom Verwahrer in diese Anlage aufzunehmenden Staatenlisten sind die am Tag des Inkrafttretens dieser Satzung gültigen, von der Generalversammlung der Vereinten Nationen für die Zwecke des Abschnitts II Absatz 4 ihrer Entschliebung 2152 (XXI) aufgestellten Listen.]

*) Im Bundesgesetzblatt nicht abgedruckt.

Anlage II
Der ordentliche Haushalt

A.

(1) Zu den Verwaltungs-, Forschungs- und sonstigen ordentlichen Ausgaben der Organisation zählen Ausgaben

- a) für interregionale und regionale Berater;
- b) für kurzfristige Beratertätigkeit durch Bedienstete der Organisation;
- c) für Tagungen einschließlich Fachtagungen, die in dem aus dem ordentlichen Haushalt der Organisation finanzierten Arbeitsprogramm vorgesehen sind;
- d) für die Programmdurchführung, die aus Vorhaben der technischen Hilfe erwachsen, soweit diese Ausgaben der Organisation nicht von der die Vorhaben finanzierenden Stelle getragen werden.

(2) Haushaltswirksame Vorschläge, die den vorstehenden Bestimmungen entsprechen, werden durchgeführt, nachdem sie gemäß Artikel 14 vom Programm- und Haushaltsausschuß geprüft, vom Rat angenommen und von der Konferenz genehmigt worden sind.

B.

Um das Arbeitsprogramm der Organisation auf dem Gebiet der industriellen Entwicklung wirksamer zu gestalten, werden aus dem ordentlichen Haushalt in Höhe von 6 v. H. seines Gesamtvolumens auch andere Tätigkeiten finanziert, die bisher aus Titel 15 des ordentlichen Haushalts der Vereinten Nationen finanziert wurden. Diese Tätigkeiten sollen den Beitrag der Organisation zum Entwicklungssystem der Vereinten Nationen stärken, wobei die Bedeutung zu berücksichtigen ist, die der Anwendung des länderbezogenen Planungsverfahrens des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, das der Zustimmung der beteiligten Länder unterliegt, als Rahmen für diese Tätigkeiten zukommt.

Annex III**Rules Concerning Arbitral Tribunals
and Conciliation Commissions**

Unless otherwise agreed by all the Members parties to a dispute that has not been settled pursuant to paragraph 1 (a) of Article 22 and that has been referred to an arbitral tribunal pursuant to subparagraph 1 (b) (i) (B) of Article 22 or to a conciliation commission pursuant to subparagraph 1 (b) (ii), the following rules shall govern the procedures and operation of such tribunals and commissions:

1. Initiation

Within three months of the conclusion by the Board of its consideration of a dispute referred to it pursuant to paragraph 1 (a) of Article 22 or, if it does not conclude its consideration within eighteen months of such referral, then within twenty-one months of such referral, all the parties to the dispute may notify the Director-General that they wish to refer the dispute to an arbitral tribunal or any such party may notify the Director-General that it wishes to refer the dispute to a conciliation commission. If the parties had agreed on another mode of settlement, then such notification may be made within three months of the conclusion of that special procedure.

2. Establishment

- (a) The parties to the dispute shall, by their unanimous decision, appoint, as appropriate, three arbitrators or three conciliators, and shall designate one of these as President of the tribunal or commission.
- (b) If within three months of the notification referred to in paragraph 1 above one or more members of the tribunal or commission have not been so appointed, the Secretary-General of the United Nations shall, at the request of any party, within three months of such request designate any members, including the President, then still required to be appointed.
- (c) If a vacancy arises on the tribunal or commission, it shall be filled within one month in accordance with paragraph (a) or thereafter in accordance with paragraph (b).

3. Procedures and Operation

- (a) The tribunal or commission shall determine its own rules of procedure. All decisions on any question of procedure or substance may be reached by a majority of the members.
- (b) The members of the tribunal or commission shall receive remuneration as provided in the financial regulations of the Organization. The Director-General shall provide any necessary secretariat, in consultation with the President of the tribunal or commission. All expenses of the tribunal or commission and its members, but not of the parties to the dispute, shall be borne by the Organization.

4. Awards and Reports

- (a) The arbitral tribunal shall conclude its proceedings by an award, which shall be binding on all the parties.
- (b) The conciliation commission shall conclude its proceedings by a report addressed to all the parties to the dispute, which shall contain recommendations to which these parties shall give serious consideration.

Anlage III**Vorschriften über Schiedsgerichte
und Vergleichskommissionen**

Vorbehaltlich anderslautender Vereinbarungen aller Mitglieder, die Parteien einer nicht nach Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe a beigelegten Streitigkeit sind, welche nach Buchstabe b Ziffer i B jenes Absatzes einem Schiedsgericht oder nach Ziffer ii einer Vergleichskommission unterbreitet wurde, gelten für das Verfahren und die Tätigkeit dieser Schiedsgerichte und Kommissionen folgende Vorschriften:

1. Eröffnung des Verfahrens

Innerhalb von drei Monaten, nachdem der Rat die Prüfung einer ihm nach Artikel 22 Absatz 1 Buchstabe a unterbreiteten Streitigkeit abgeschlossen hat, oder, wenn er diese Prüfung nicht abgeschlossen hat, innerhalb von achtzehn Monaten nach Unterbreitung der Streitigkeit können alle Streitparteien dem Generaldirektor innerhalb von einundzwanzig Monaten nach der Unterbreitung notifizieren, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht zu unterbreiten wünschen, oder kann jede dieser Parteien dem Generaldirektor notifizieren, daß sie die Streitigkeit einer Vergleichskommission zu unterbreiten wünscht. Haben die Parteien eine andere Art der Beilegung vereinbart, so kann die Notifikation innerhalb von drei Monaten nach Abschluß dieses besonderen Verfahrens erfolgen.

2. Errichtung des Gerichts oder der Kommission

- a) Die Streitparteien ernennen einstimmig drei Schiedsrichter beziehungsweise drei Mitglieder der Vergleichskommission und bestimmen einen beziehungsweise eines von ihnen zum Vorsitzenden des Gerichts oder der Kommission.
- b) Sind innerhalb von drei Monaten nach der in Absatz 1 erwähnten Notifikation eines oder mehrere Mitglieder des Gerichts oder der Kommission nicht auf diese Weise ernannt worden, so ernannt der Generalsekretär der Vereinten Nationen auf Antrag einer der Parteien innerhalb von drei Monaten nach diesem Antrag die fehlenden Mitglieder einschließlich des Vorsitzenden.
- c) Wird ein Sitz im Gericht oder in der Kommission frei, so wird er innerhalb eines Monats nach Buchstabe a oder später nach Buchstabe b neu besetzt.

3. Verfahren und Tätigkeit

- a) Das Gericht oder die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung. Alle Entscheidungen in Verfahrens- oder Sachfragen können von der Mehrheit der Mitglieder gefaßt werden.
- b) Die Vergütung der Mitglieder des Gerichts oder der Kommission richtet sich nach der Finanzordnung der Organisation. Der Generaldirektor stellt im Benehmen mit dem Vorsitzenden des Gerichts oder der Kommission die erforderlichen Sekretariatsdienste zur Verfügung. Alle Ausgaben des Gerichts oder der Kommission und ihrer Mitglieder, nicht aber der Streitparteien, werden von der Organisation getragen.

4. Schiedssprüche und Berichte

- a) Das Schiedsgericht schließt sein Verfahren durch einen Schiedsspruch ab, der für alle Parteien verbindlich ist.
- b) Die Vergleichskommission schließt ihr Verfahren durch einen an alle Streitparteien gerichteten Bericht ab; er enthält Empfehlungen, welche die Parteien ernstlich zu berücksichtigen haben.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 54,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,65 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1983 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt KÖIn 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 4,10 DM (3,30 DM zuzüglich 0,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,90 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1988 A · Gebühr bezahlt

**Berichtigung
der Fünften Ostsee-Umweltschutz-Änderungsverordnung
Vom 18. November 1985**

In der Einleitung der Fünften Ostsee-Umweltschutz-Änderungsverordnung vom 12. November 1985 (BGBl. II S. 1195) muß es in der 4. Zeile statt „Ostgebiets“ richtig heißen „Ostseegebiets“.

Bonn, den 18. November 1985

Der Bundesminister für Verkehr
Im Auftrag
Dr. Ehlers